

Es geht um den Menschen

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT Weihbischof Anton Losinger über Freiheit und Gerechtigkeit als ethisches Fundament unserer Gesellschaftsordnung

Von Anton Losinger

Der Markt ist die beste Sozialpolitik!“, findet der Münchner Wirtschaftsethiker Karl Homann. Er geht in seiner Hochschätzung der sozialen Leistung der Wettbewerbskräfte sogar noch weiter: „Markt und Wettbewerb haben eine sittliche Qualität, weil sie für breite Bevölkerungsschichten einen Reichtum geschaffen haben, der in der Weltgeschichte beispiellos ist.“ Ganz konträr dazu warnt ein marktwirtschaftlicher Wellenreiter ganz besonderen Karats: „Die Märkte sind nicht perfekt!“, sagt der Schrecken der weltweiten Finanzmärkte, der Börsenspekulant und Philanthrop George Soros. „Denn erstens sind sie unstabil und zweitens werfen sie in allen Fällen die Frage der sozialen Gerechtigkeit auf!“ Seine Kritik allzu naiven Vertrauens in die Allmacht und Selbstheilungskraft des Marktes, als ob die „Konkurrenz der Egoisten“ – wie Adam Smith es bereits in seinem Werk über den „Wohlstand der Nationen“ formulierte – quasi von sich aus zum größten Nutzen der Gesamtgemeinschaft führte, spitzt sich zu: „Dem Markt wird erlaubt, in Bereiche einzugreifen, wo er nicht hingehört.“

Solch gegensätzliche Sicht der Dinge legt es nahe, sich erneut um die Idee und das Fundament des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft zu kümmern. Gerade heute hat uns ja im Wettbewerbsszenario der weltweiten Märkte, im Kontext der konkret erlebten Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeits- und Finanzmärkte, all der problematischen Risiken der Demografie für die sozialen Sicherungssysteme und nicht zuletzt auch der sozialen Verteilungsdebatte in unserer Gesellschaft eine gewisse Ernüchterung über die Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft erfasst. „Gefühlte Ungerechtigkeit“ lautet die populäre Befindlichkeit in unserem Land. Populäre Indizien dafür sind: Astronomische Managergehälter angesichts von Hartz IV und Mindestlohndebatte oder die sogenannte Freisetzung von Mitarbeitern bei steigenden Börsenkursen.

Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland beruht auf einem Menschenbild. Alfred Müller-Armack, einer der großen geistigen Gründungsväter dieser Wirtschafts- und Sozialordnung brachte es auf den berühmten Nenner: Die Soziale Marktwirtschaft ist die Konzeption einer Wirtschaftsordnung, der es gelingt, „das Prinzip der Freiheit auf dem Marke mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden.“ Es ist eine „irenische“ Idee, ein sozialer Friedensgedanke, eine „neuartige Synthese von Sicherheit und Freiheit“ – so schreibt der große Ökonom unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in seiner „Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft“. Wirtschaft ohne Freiheit ist in der Konsequenz dieses Gedankens ebenso system- und menschenrechtswidrig wie soziale Marginalisierung!



Nachkriegszeit: Wohlstand für alle! Glücklich war in den Fünfzigerjahren, wer sich etwas leisten konnte, etwa ein Auto. FOTO: AKG

Nach allen geschichtlichen Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft ist mit diesem deutschen Nachkriegsmodell eine einzigartige und erfolgreiche Wirtschaftsordnungspolitik begründet, die sich in doppelter Hinsicht bewährte: Erfolgreich sowohl, was das Kriterium ökonomischer Effizienz betrifft, wie sie vom Rationalprinzip geboten ist – Ludwig Erhards Vision „Wohlstand für alle“ wurde Realität. Erfolgreich aber auch und gerade im sozialstaatlichen Anspruch, wie er von der Sozialpolitik und der kirchlichen Sozialverkündigung im Namen der Würde der Person und des Gemeinwohls seit je erhoben wird. Nicht: „Was kostet sozialer Ausgleich?“, sondern: „Was ist sozialer Friede wert?“, müsste also die schlüssige Frage aus der geschichtlichen Erfahrung in Deutschland lauten.

Mit dem Modell einer „sozial dimensionierten Marktwirtschaft“ wird der eindimensionale Rahmen reiner Marktwirtschaft mit theoretisch freier Konkurrenz der Egoisten gesprengt und der Blick auf ein solidarisches, gesamtgesellschaftliches Geschehen hin geöffnet, das – wie es Wilhelm Röpke klassisch formulierte – „jenseits von Angebot und Nachfrage“ liegt. Persönliche Freiheit, soziale Sicherheit und sozialer Friede werden in diesem Kontext zu wesentlichen Zielen der Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus liegt der Theorie der Sozialen Markt-

wirtschaft zweifellos ein Menschenbild und eine Gesellschaftsauffassung zugrunde, die weit vom hypothetischen Freiheitsbegriff des reinen Wettbewerbs entfernt ist und stattdessen ein solidarisches ordnungspolitisches Konzept entwirft.

Auf klassische Weise bringt Oswald von Nell-Breuning, der „Nestor“ der katholischen Soziallehre, diese ethisch motivierte Anforderung an die Soziale Marktwirtschaft auf den Punkt. In seinem Artikel „Soziale Marktwirtschaft“ im Wörterbuch der Politik, das bereits 1949 in erster Auflage in Freiburg gedruckt wurde, formuliert er: „Soll die Marktwirtschaft wirklich mehr sein als ein bloßer Kampf ums Dasein, soll sie einer echten wirtschaftlichen Wettbewerbsordnung unterstellt werden, so führt dies mit Notwendigkeit über die (alt-)liberale Auffassung von Wirtschaft überhaupt und von Marktwirtschaft hinaus“ zum Konzept der „gesellschaftlich gebundenen oder Sozialen Marktwirtschaft“. Wesentliches Element der marktwirtschaftlichen Ordnung ist eine Wettbewerbsordnung, die einerseits „die schwierigste ihr gestellte Aufgabe meistert, die wirtschaftliche Macht in einen geordneten Wettbewerb einzubauen“, und der es andererseits gelingt, „den Wettbewerb unter Wirtschaftsbeteiligten, die mit ungleichen Startbedingungen in den Wettbewerb eintreten, so zu ordnen, dass er für alle Beteiligten sinnvoll und aussichtsreich ist.“

Wer wirtschaftet, will ein Ergebnis erzielen. Nicht nur für Ökonomen stellt sich darum die generelle Frage: Was ist das treibende Ziel ökonomischen Handelns? Auf den ersten Blick

kommt einem hier die klassische Definition von Lionel Robbins in den Sinn, der feststellt: Wirtschaft ist „rationaler Umgang mit knappen Ressourcen zur Befriedigung von Bedürfnissen“. Genügt diese rein formale Definition zu einem Verständnis von Sinn und Ziel des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft?

Für das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut wurde, sind zwei Grundwerte die entscheidenden Kriterien: Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Sie sind Ausdruck dafür, dass Wirtschaft und Gesellschaft nicht isoliert gesehen werden dürfen. Wirtschaft ist nicht nur ein Gütergeschehen, sondern ein gesellschaftlicher Lebensprozess. Der Wettbewerb ist ein hilfreiches Instrument für die bestmögliche Versorgung der Menschen mit Gütern und Diensten, aber er ist nicht das Ordnungsprinzip der Wirtschaft schlechthin. Das Sinnziel allen Wirtschaftens ist und bleibt der Mensch, seine Würde und seine personalen Entfaltungsmöglichkeiten.

Es geht also bei allem wirtschaftlichen Handeln grundsätzlich um den Menschen, um seine Entfaltungsmöglichkeiten, um seine Zukunft. Darum müssen konsequent die Dimensionen von Menschenwürde und sozialer Verantwortung wesentliche integrale Kategorien einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein, die diesen Namen wirklich verdient. Ist doch, wie es das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute letztendlich begründet, „der Mensch Urheber, Träger und Ziel aller Wirtschaft“.

WORTSCHATZ

Stromnetz

1,6 Millionen Kilometer ist das deutsche Stromnetz nach Angaben des Verbandes der Netzbetreiber lang. Je nach Verwendungszweck der Energie lässt es sich in vier Spannungsebenen unterteilen: Die oberste Ebene bildet das Übertragungsnetz, in dem eine Spannung von 220 bis 380 Kilovolt (kV) herrscht. Die Höchstspannungsleitungen, die sich über 36 000 Kilometer erstrecken, transportieren den Strom von den Großkraftwerken zu den Umspannanlagen in die Nähe der Verbraucherschwerpunkte. Abnehmer sind regionale Stromversorger und sehr große Industriebetriebe. Außerdem wird der internationale Stromhandel über das Übertragungsnetz abgewickelt.

Unter dem Übertragungsnetz befinden sich weitere Leitungsebenen: Das Hochspannungsnetz (Spannung: 110 kV, Länge: 75 200 Kilometer) transportiert Strom zu den Verbrauchszentren. Über Mittelspannungsleitungen (sechs



bis 60 kV, 496 000 Kilometer) gelangt die Energie in Industrie- und größere Gewerbebetriebe. Haushalte, kleinere Gewerbebetriebe und die Landwirtschaft erreicht der Strom über das Niederspannungsnetz (230 beziehungsweise 400 Volt, 1,067 Millionen Kilometer).

Um das Übertragungsnetz gibt es Streit zwischen EU-Kommission und Energieversorgern. In Deutschland gehört dieses Hochspannungsnetz nämlich vier Konzernen: Eon, RWE, Vattenfall und EnBW. Diese besitzen gleichzeitig die Kraftwerke, Stromerzeugung und -verteilung liegen also in einer Hand.

Zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt, will die EU-Kommission nun das Übertragungsnetz von den Konzernen abspalten. Dagegen haben sich die Firmen bislang gewehrt. Doch nun hat Eon den Verkauf seines Netzes angeboten. Durch diesen Schritt will der Konzern einer drohenden Kartellbuße entgehen. *sl*

BUCHFÜHRUNG

Gegen die Heimsuchung

Ursachen wie Folgen eines fehlkonstruierten Pflegesystems in Deutschland zeichnet Christoph Lixenfeld, der sich mit dem Thema seit Jahren beschäftigt, schonungslos und gut dokumentiert nach. Sein Hauptanliegen ist ein neues Nachdenken über menschenwürdiges Altern in unserer Gesellschaft. Engagiert, aber nicht ganz frei von Polemik, kämpft er gegen „Versorgungsketten im Pflegemarkt“ sowie das Wirken einer gut organisierten Lobby.

Der Autor zeigt Alternativen auf und belegt anhand persönlicher Geschichten, dass „ein Land fast ohne Heime keine Utopie ist“. Er wirbt dafür, auch Hochbetagten ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. „Wir müssen es nur richtig organisieren“, lautet sei-



ne Hauptforderung. Dazu hat Christoph Lixenfeld Vorbilder in ganz Deutschland gefunden, die veranschaulichen, was politisch und gesellschaftlich passieren muss, um der drohenden „Heimsuchung“ zu entgehen: „Möge uns bei Pflegebedürftigkeit ein Ende im Heim erspart bleiben.“

Heute bekommen in Deutschland 2,13 Millionen Menschen Geld aus der Pflegekasse, ein Drittel mehr als vor zehn Jahren. Zwei Drittel der Leistungsempfänger werden zu Hause versorgt, 677 000 in Heimen. Diesen zu helfen, ist Lixenfelds Botschaft. *ms*

Christoph Lixenfeld: Niemand muss ins Heim. Ein Plädoyer für die häusliche Pflege. Econ, Berlin 2008. 284 Seiten, 16,90 Euro.

Nahrung für alle

Wasser, Wald, Boden, Ernährung, Energie, das sind Grundlagen des Lebens, die über die Zukunft der Menschheit mitentscheiden. Auch deshalb baut jede Wirtschaft auf sie auf. Doch oft wird vernachlässigt, welche tragende Rolle sie allein für die Landwirtschaft von morgen spielen. Dem will dieses Buch entgegenwirken. Es nennt die drängenden Probleme beim Namen, etwa Ausbeutung der Ressourcen und Massenproduktion zu Dumpingpreisen. Und es stellt Alternativen dagegen, um das Essen und Trinken aller zu sichern, um Hunger und Mangelernährung einzudämmen.

Die Autoren sind keine Spintisierer, sondern wissen aus der Praxis in Ländern wie Indien, Nepal und Kolumbien, welche neuen Konzepte sich dort bewährten. Für Europa zeigt der frühe-



re EU-Kommissar Franz Fischler Lösungen weg von der Subventionitis; der Ulmer Ökonom Franz Josef Radermacher stellt die Elemente einer ökosozialen Wirtschaft dar. Auch andere Texte sagen, wie sich das Recht auf Nahrung, die Bedürfnisse der Landbevölkerung, Nachhaltigkeit und

wirksame Klimapolitik sichern lassen. Immer geht es bei diesen Appellen, auch an die Global Marshall Plan Initiative gerichtet, darum, das Pochen auf Besitzstände durch ein mutiges, kundiges, faires und optimistisches Denken in der Umwelt-, Handels- und Wettbewerbspolitik abzulösen. *E. K. R.*

Franz-Theo Gottwald, Franz Fischler (Hrsg.): Ernährung sichern – weltweit. Murmann Verlag, Hamburg 2007. 271 Seiten, 18 Euro.

BRÜSSELER SPITZEN

Im Bann der Banken

Von Sabine Seeger

Die Bankpleiten haben Brüssel erreicht. Seit einer Woche schauen sich die EU-Wettbewerbschützer die Rettungsringe an, mit denen sich die IKB und die Sachsen LB über Wasser halten. Beide Finanzinstitute drohten im Strudel der Subprime-Krise unterzugehen. Die Düsseldorfer Deutsche Industriebank IKB hatte sich an den faulen Krediten des US-Immobilienmarktes verschluckt. Auch die sächsische Landesbank hat sich kräftig verspekuliert und soll von der Landesbank Baden-Württemberg übernommen werden. Der Bund und das Land schossen erst mal kräftig zu. Ob das als unzulässige Staatsbeihilfe gewertet werden muss, wollen die Juristen in Brüssel jetzt klären. „Wenn die Stabilität der Finanz-

märkte bedroht ist, kann es schon vorkommen, dass der Staat einspringen muss“, sagte Behördenchefin Neele Kroes. Allerdings sei es dem Steuerzahler nicht zuzumuten, dass er für derart waghalsige Geschäfte zahlen müsse. Worum es der höchsten Hüterin eines fairen Marktes geht, ist, Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Das staatliche Manna für die Hasardeure darf schließlich nicht zum Nachteil für die soliden Geldhäuser werden. Darüber wird Kroes wohl auch Georg Milbradt aufgeklärt haben. Der sächsische Landesvater war zur Eröffnung des Verfahrens nach Brüssel geeilt.

Nicht mehr den Mund halten wollen die europäischen Gewerkschaften. Für den Erhalt des EU-Sozialmodells fordern

sie ein europaweit verbrieftes Streikrecht. Das sehen sie durch neue Urteile des Europäischen Gerichtshofs unliebsam. Baltische Unternehmen hatten ihre Mitarbeiter in skandinavischen Staaten zu schlechteren Bedingungen arbeiten lassen als in diesen Ländern üblich. Dagegen haben nordische Gewerkschaften geklagt, aber die Richter in Luxemburg wiesen die Klage mit der Begründung ab, die in der EU verankerte Freizügigkeit habe in diesem Fall Vorrang vor dem Streikrecht der Arbeitnehmer. Das Thema wird europäische Arbeitgeber wie Arbeitnehmer wohl noch lange beschäftigen. Letztlich muss geklärt werden, wie die mitunter im Widerspruch stehenden EU-Prinzipien der Freizügigkeit und des Streikrechts miteinander vereinbart werden können.

EnBW hat einen neuen Cheffobbyisten in Brüssel: Andreas Renner. Oettingers früherer Sozialminister, der nach einer Verbalattacke gegen Bischof Gebhard Fürst seinen Sessel im Stuttgarter Kabinett räumen musste, vertritt seit Mitte Februar die Interessen des Energie- und Atomkonzerns bei der Europäischen Union. Für seinen neuen Job kehrte der Verwaltungsexperte in Räumlichkeiten zurück, die ihm aus Ministerzeiten wohlvertraut sind. Die EnBW-Vertretung logiert unter dem Dach der Landesvertretung Baden-Württemberg. Im funktionalen Haus im Herzen des Europaviertels hat sie Büros vom Land angemietet. Tür an Tür mit den Interessenvettern von Bosch und Würth stricken Renner und seine drei Mitarbeiter an ihrem Netzwerk.

BILANZPRÜFUNG

Aus dem RM vom 6. März 1998

Unter der Überschrift „Die Feierabend-Börsianer“ befasste sich der Rheinische Merkur vor zehn Jahren mit dem Phänomen der Investmentclubs. „Meist einmal im Monat treffen sich die Hobby-Börsianer, um die Anlagestrategie zu diskutieren und Entscheidungen über den Depotaufbau zu treffen“, beschrieb der RM das Treiben der privaten Investmentzirkel. Damals gab es rund 5000 derartige Zusammenschlüsse. Gemeinsam verwalteten sie ein Vermögen von etwa 500 Millionen D-Mark.

Man erinnere sich: Ende der Neunzigerjahre, im Fahrwasser des Börsengangs der Deutschen Telekom, begannen die Bundesbürger sich für Kapitalanlagen zu interessieren. Wer sich für

»Selbstverständlich kann man mit Freunden auch Monopoly oder Lotto spielen. Doch warum nicht gemeinsam zocken und dabei etwas für die Altersvorsorge tun?«

schlau hielt, versuchte sein Glück allein. Wer lieber auf die Kompetenz eines Teams setzte, war im Investmentclub richtig.

Prinzipiell gilt das immer noch. Renditeriche Geldanlage erfordert heute, dank neuer Produkte und einer größeren Auswahl, mehr Wissen als vor zehn Jahren. Nach

Angaben der Deutschen Schutzgemeinschaft für Wertpapierbesitz existieren hierzulande aktuell 7000 Investmentclubs, die zusammen rund 250 000 Mitglieder haben und 1,5 Milliarden Euro verwalten. Allerdings droht die 2009 in Kraft tretende Abgeltungssteuer den Zirkeln das Anlegen schwer zu machen. Auf sie kommt ein erheblicher Bürokratieaufwand bei der Auszahlung von Gewinnen zu. *sl*